

„So können wir nicht miteinander umgehen“

Die Öffentlichkeitsbeteiligung für die neuen Pläne zur Windenergie in Schleswig-Holstein hat begonnen / CDU-Politiker Christian Rahe erklärt im Interview, warum er den Zeitpunkt des Verfahrens für demokratiegefährdend hält

Susanne Otto

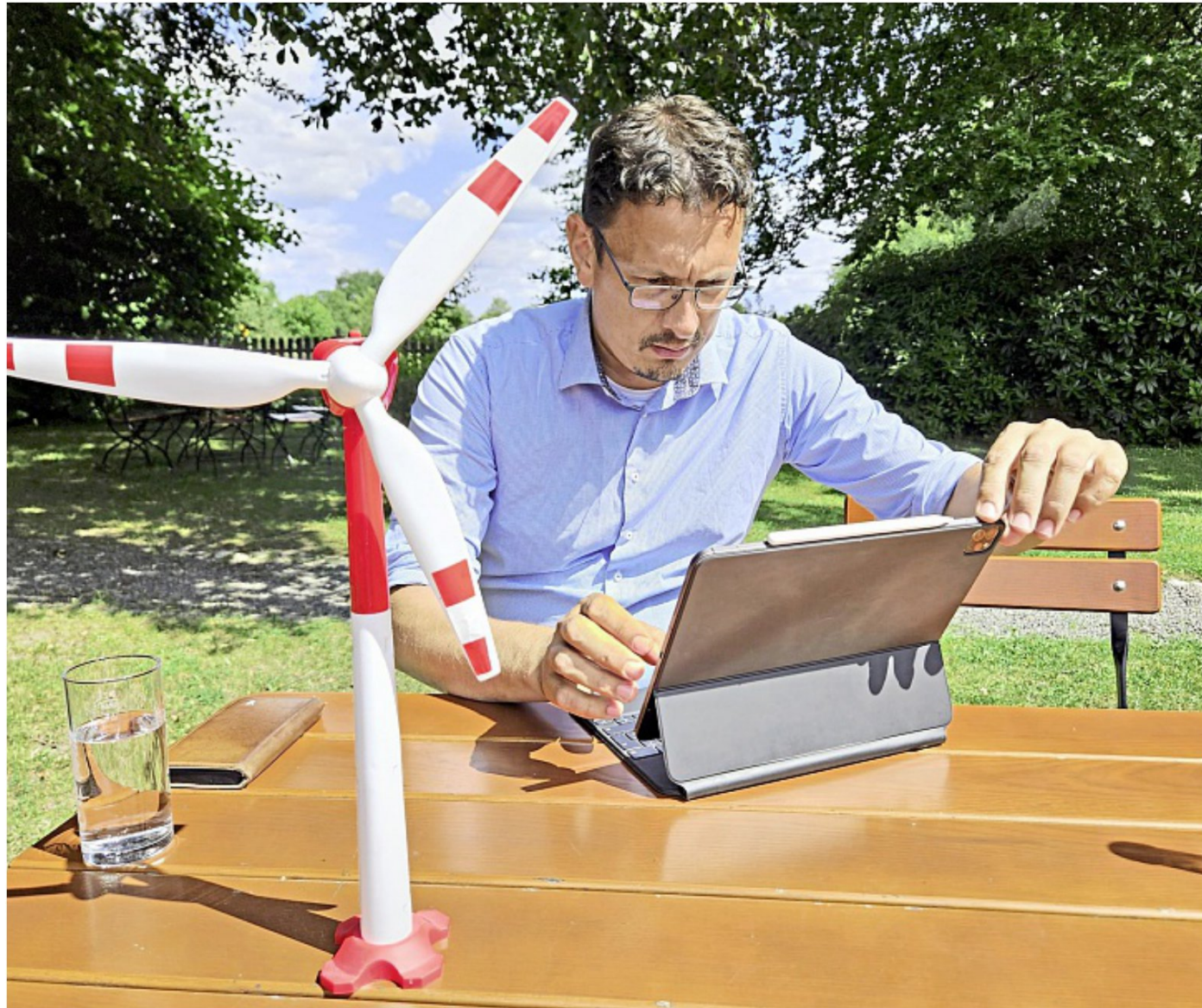
REDSWÜHREN In Schleswig-Holstein läuft vom 16. Juli bis zum 26. August 2026 die zweite Öffentlichkeitsbeteiligung zu den Teilaufstellungen der Regionalpläne Windenergie an Land. Bürger, Verbände und Kommunen können zu den überarbeiteten Entwürfen, die 401 Vorranggebiete (rund 51.950 Hektar) ausweisen, Stellungnahmen abgeben. Dieses Beteiligungsverfahren kritisiert Christian Rahe. Der 42-jährige Vater von drei Kindern ist gelernter Industriemechaniker und Landwirt. Mit seiner Frau Kirsten Voß-Rahe führt er den Hof Viehbrook in Rendswühren. Seit 2012 engagiert sich Rahe kommunalpolitisch für die CDU in der Gemeinde, seit 2018 sitzt er im Plöner Kreistag. Im Interview erklärt er seinen Unmut und seine Sorge, auch um die Demokratie.

Sie kritisieren das Beteiligungsverfahren des Landes an den Windkraftplänen. Mal vorweg: Wie stehen Sie zur Windkraft?

Ich bin zwiegespalten. Wir haben vor Ort wenig Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, was zum Beispiel Abstände angeht. Da hätte ich mir mehr Gestaltungsspielraum innerhalb der Kommunen gewünscht – keiner kennt die Befindlichkeiten und Besonderheiten vor Ort besser als die Kommunalpolitiker. Andersherum haben wir uns auf den Weg gemacht, uns von fossilen Energieträgern zu distanzieren und diese Abhängigkeiten zu durchbrechen. Irgendeine Kröte müssen wir schlucken.

Um welche Flächen geht es Ihnen konkret?

Im Kreis Plön sind vier Vorranggebiete von Änderungen gegenüber den Regionalplänen aus dem Jahr 2025 betroffen. Zwei dieser Flächen liegen in meinem Wahlkreis. Am Beispiel des Vorranggebiets



Christian Rahe sieht sich den Regionalplan II Windenergie an. Er ist verärgert über den Zeitpunkt des Beteiligungsverfahrens. Foto: Susanne Otto

PR_PLÖ_001 wird deutlich, worum es geht: Betroffen sind die Gemeinden Rendswühren, Bönebüttel und Groß Kummerfeld. Gegenüber der Planung aus dem vergangenen Jahr wurde die Gebietskulisse erweitert. Eine zusätzliche Fläche erstreckt sich nun von Bönebüttel in Richtung der Gemeinde Rendswühren und reicht bis in den Nahbereich des Ortsteils Neuenrade-Hollenbek. Dieser Bereich war vor einigen Jahren aufgrund der damaligen naturschutzfachlichen Bewertung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Rotmilan, aus der Planung herausgenommen worden. Zwischenzeitlich haben sich die rechtlichen und fachlichen Rahmenbedingungen

geändert. Dadurch ist das Vorranggebiet in den aktuellen Planungen deutlich größer geworden und rückt wesentlich näher an bestehende Siedlungsbereiche sowie an das eigentliche Dorfzentrum heran.

Welche Gremien braucht es, um so ein Beteiligungsverfahren in Gang zu setzen?

Der Gemeinderat an sich wäre natürlich das Gremium, in dem das in den betroffenen Gemeinden vorgestellt und diskutiert werden müsste: Wie wollen wir damit umgehen, wollen wir eine Stellungnahme abgeben? Auf Kreisebene ist es die Untere Naturschutzbehörde, wo geprüft werden muss, welche naturschutzrechtlichen Belange betrof-

fen sind. Auch die Bereiche Bauen, Kreisentwicklung und der Denkmalschutz wären zu beteiligen.

Ihr Hauptkritikpunkt ist der zeitliche Rahmen für das Beteiligungsverfahren. Was genau kritisieren Sie?

Wir haben alle – egal ob Kommunalpolitiker, Landtags- oder Bundestagsabgeordnete – unsere Sitzungskalender. Die Termine der Ausschüsse und Parlamente sind daran orientiert, und alles, was außerhalb dessen stattfindet, sind Sondersitzungen. In der sogenannten Sommerpause, diesen sechs Wochen Ferien, liegt der Fokus natürlich auf der Familie und dem Urlaub. Da sind viele einfach nicht erreichbar. Das gilt nicht nur für die

Politiker, sondern vor allem auch für die Verwaltung. Und jetzt soll die Verwaltung eine Stellungnahme erarbeiten, die politisch beraten werden kann, um dann eventuell einen Beschluss herbeizuführen.

Und die Öffentlichkeitsbeteiligung liegt jetzt in den Sommerferien (6. Juli bis 14. August)?

Genau! Das ist vergangenes Jahr schon mal so vorgekommen. Das Interessante ist ja, dass die Verwaltung die Veröffentlichung und die Fristen aus den Medien wahrgenommen hat. Da schlug der Puls echt hoch! Das Land ist nicht direkt an den Kreis, die Gemeinden oder den Landrat herangetreten.

Sie fordern jetzt eine Fristverlängerung?

Ja. Vier Wochen wären sicherlich eine angemessene Fristverlängerung, sodass wir mindestens die Möglichkeit haben, eine politische Beschlussfassung in den ersten regulären Sitzungen zu ermöglichen. Wenn wir jetzt nur eine rein verwaltungsseitige Stellungnahme abgeben, müssen wir Politiker damit rechnen, dass wir Fragen aus der Bevölkerung kriegen: „Wieso habt ihr das einfach so verabschiedet? Erklärt uns das mal bitte.“ In der Zeit, in der wir uns gerade befinden, wo die Frustration über Politik und die Spaltung eh schon so hoch sind, finde ich das hochbrisant.

Haben Sie diese Kritik direkt an das Land gerichtet?

Das ist jetzt der nächste Schritt. Ich war ja selbst im Urlaub, als ich es gelesen habe. Anträge auf Fristverlängerung werden aber aller Voraussicht nach, wie die Erfahrung zeigt, keinen Erfolg haben. Da haben wir als Politiker aber die Verpflichtung, ganz klar zu sagen, wenn Missstände da sind, und das öffentlich zu machen.

Warum ist so ein Beteiligungsverfahren aus Ihrer Sicht so wichtig?

Das Wort an sich sagt ja schon, dass eine Beteiligung stattfinden muss, weil wir viele verschiedene Belange haben, die einfließen sollen. Es geht darum, dass wir mit unseren Belangen und Stellungnahmen ernst genommen werden, sonst können wir diese ganze Veranstaltung lassen. Wir leben in einer Demokratie und einem Föderalismus mit entsprechenden Instanzen, die gehört werden sollen – und wir wollen auch gehört werden. Wenn es eilbedürftig ist, hätte man das im Vorwege anmerken können, dann hätten wir geschaut, wie wir das unterbekommen. Aber so können wir nicht miteinander umgehen. Vor allem nicht in diesen Zeiten.